Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 35

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Chruschtschew schwenkt zur Atompolitik

Die Politik der sowjetischen Kriegsdrohungen «im Interesse des Friedens» hat Chruschtschew konsequent fortgesetzt. Er kündigte die einseitige Wiederaufnahme der Nuklearversuche an und liess unmittelbar darauf schon eine Atombombe explodieren, damit beweisend, dass er schon seit einiger Zeit die Genfer Gespräche zur Einstellung der Nuklearversuche nur als Farce betrachtete. Parallel dazu geht die übrige Aufrüstung. Die sowjetischen Truppen werden nicht mehr turnusgemäss demobilisiert, sondern bleiben «bis zur Lösung der Deutschlandfrage» unter Waffen. Reservisten sind einberufen worden. Parallele Anordnungen hat die Tschechoslowakei getroffen.

Die Massnahmen des sowjetischen Machthabers waren ausdrücklich auf Berlin bezogen, ein Beleg dafür, dass Moskau eine Forcierung der Lage erzwingen will, selbst auf Kosten eines propagandistischen Nachteils, der sich allerdings bisher gerade bei den «Neutralen» enttäuschend wenig ausgewirkt hat. Dem Vorgehen entsprechen die weiteren sowjetischen und sowjetzonalen Drohungen gegen die Zufahrts- und Zuflugswege nach Westberlin, Drohungen, die in einer neuen Pankow-Note an die USA noch verschärft wurden (die Bewegungen alliierter Streitkräfte nach der abgeschlossenen Stadt würden nicht mehr geduldet).

Die Hasskampagne gegen die Bundesrepublik ist jetzt in völlige Zügellosigkeit ausgeartet und kann am besten noch mit den seinerzeitigen Tiraden Hitlers verglichen werden, als er schon eindeutig jenseits des Stadiums war, da man seine Ansprüche hätte «befriedigen» können.

Die Not

in der Zone mag einer der Gründe für die histerische Aggressivität des Ulbrichts-Regimes darstellen. Mit der endgültigen Abdichtung des Eisernen Vorhanges ist die Verzweiflung der Bevölkerung offensichtlich geworden. Manche wagen sich noch an die praktisch verunmöglichte Flucht und werden dabei erschossen. Die Strafen für Fluchtbeihilfe, Schädigung des Staates (durch entmutigte Bemerkungen und dergleichen) sind verschärft worden, auch die innerstaatliche Verkehrsfreiheit existiert praktisch nicht mehr.

Die Wirtschaftslage in der Ostzone trägt ein weiteres zur Krisenstimmung bei. «Erntenotstand» (mit Zwangsarbeit) wurde in einigen Gebieten ausgerufen, es fehlt an der Konsumwarenproduktion, und der Akademikermangel infolge der bisherigen Abwanderung nach dem Westen lässt sich in kurzer Zeit nicht wettmachen.

Ulbricht meistert die Lage mit Terror, im (leider wohl zutreffenden) Gefühl, dass sich beim hermetischen Abschluss seiner Bevölkerung ein Widerstand nicht organisieren könne.

Unterdessen wird vor allem der Jugend der Hass auf den Westen als Lebensziel eingegeben. Die im Stil der HJ erzogene FDJ (Freie Deutsche Jugend) wird zur Denunziation von Eltern und Verwandten, zur blinden Aktionsbereitschaft gegen den «revanchistischen Feind» herangebildet.

Am Rande ...

In Leipzig wurde die diesjährige Industriemesse eröffnet. Die Bundesrepublik und die übrigen Nato-Staaten nehmen alle teil. Der schweizerische Ausstellungsraum wurde gegenüber den Vorjahren vergrössert.

*

Der sowjetische Schriftsteller Wsewolod Krawtschenko stürzte sich vom dritten Stock eines Hotels in Caen, wo er als Tourist weilte, zu Tode. In einer zurückgelassenen Notiz erklärte er, in Opposition zum Moskauer Regime zu stehen. Statt Flucht in den Westen wähle er den Freitod.

*

Ein aussergewöhnliches Hochwasser des Nils hat die Ernte weiter Gebiete vernichtet und verschiedene Dörfer überschwemmt.

*

Marschall Schukow, 1957 von Chruschtschew entlassen, tauchte anlässlich eines privaten japanischen Empfanges in Moskau erstmals seit vier Jahren wieder in der Oeffentlichkeit auf.

*

In Britisch Guayana erklärte der neue Regierungschef Jagan, er werde volle Unabhängigkeit für sein Land bis zum 31. Mai 1962 verlangen. Der Staat werde im Commonwealth bleiben. Ursprünglich sollte das Gebiet seine volle Souveränität bis 1963 erlangen.

Redaktionsschluss: 4. September 1961

Nkrumah unpopulär

Zum erstenmal, seit dem er die politische Führung in Ghana erobert hat, hat Präsident Nkrumah (der gegenwärtig an der Belgrader Neutralistenkonferenz weilt) mit einer laut gewordenen Unzufriedenheit seiner Bevölkerung zu rechnen. Hauptgrund scheint ein neu eingeführtes «Sparsystem» zu sein, nach welchem alle Angestellten dem Staat fünf bis zehn Prozent ihres Lohnes als obligatorische Anleihe abgeben müssen. Der kommunistenfreundliche Regierungschef, der sich gern als zukünftiger Leader eines entkolonialisierten Afrikas sieht, dürfte eine interne Opposition kaum ins Konzept passen. Die Art, wie er mit ihr umgehen wird, kann als Indiz für die weitere Entwicklung des Landes aufschlussreich sein.

In Schwebe

blieb letzte Woche die brasilianische Krise, die der Rücktritt Quadros zur Auslösung gebracht hatte. Die Gefahr allgemeiner blutiger Unruhen blieb bestehen, ebenso die Möglichkeit eines Kompromisses.

Der Kongress in Brasilia beschloss eine Verfassungsänderung zur Beschneidung der präsidialen Vollmachten Goularts. Darnach würde eine Regierung mit Ministerpräsident gebildet, während dem Staatschef lediglich repräsentative Funktionen blieben. Goulard hat in dieses Kabinettsystem aus Porto Alegre, wo er auf eine Möglichkeit zum Eintreffen wartet, abgelehnt. Der amtierende Präsident Mazzilli bot ihm an, ein Datum für die Uebernahme einer solchen bedeutungsverminderten Präsidentschaft zu bestimmen. Die Front der Parteien zeichnet sich recht deutlich ab. Zum kommunistenfreundlichen Nachfolger Quadros hält der Grossteil der Gewerkschaften und der kleine Teil der Armee, während der Grossteil der Armee seine Machtübernahme verhindern will.

Streiks und abgebrochene Telephonverbindungen gibt es bereits, zu eigentlichen Kampfhandlungen kam es noch nicht.

Die Neutralisten und die Atombombe

Die Tagung der «blockfreien» (aber grossteils kommunistischen oder kommunistisch beeinflussten) Staaten in Belgrad begann unmittelbar nach der Wiederaufnahme der sowjetischen Nukleartests. Keines der Teilmehmerländer, das sich nicht im Prinzip ausgesprochen gegen Atomversuche wendet, aber diesmal war die Reaktion weit schwächer als im Fall der französischen Saharaversuche. Die Stärke der Proteste sind umgekehrt proportional zur Stärke desjenigen, der dazu Anlass gibt.

Tito erklärte die sowjetischen Motive für «verständlich» und bedauerte lediglich den ungeschickten Zeitpunkt. Immerhin verurteilte der von Moskau umworbene Burgiba «den unerwarteten Beschluss einer Grossmacht, wieder mit Atomtests zu beginnnen», als eine «Gefährdung des Friedens», und Nehru sowie die irakischen und arabischen Delegierten sprachen von «Gefahr».

Nehru anerkannte, wie schon zuvor, das Bestehen zweier deutscher Fragen und sieht die Lösung der Berliner Frage darin, dass die Westmächte Chruschtschews «Garantie» auf freie Zugangswege zur Stadt vertrauen sollten. (Chruschtschew will ja lediglich den Provokateuren den Weg nach Berlin verbieten, und Provokateure sind definitionsgemäss alle, die sich seiner Politik der allgemeinen Machtübernahme entgegensetzen.)

Auch sonst hatten die Neutralisten in bezug auf Berlin im allgemeinen nur die Akzeptierung der sowjetischen Erpressungen vorzuschlagen. Der Kolonialismus wurde allgemein verurteilt, soweit es sich um denjenigen westlicher Ausprägung handelt. Vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen war in diesem Zusammenhang wohl die Rede, im Zusammenhang mit Deutschland höchstens ganz mittelbar und ganz durch die Blume.

Die «Neutralisten» sind heute wohl eine anerkanntermassen bedeutende moralische Macht; das hindert nicht, dass sich ihr Gewicht vorwiegend in Klischees äussert, welche von einem der beiden Blöcke (von denen sie sich frei erklären) für sie geprägt wurden.

Ultra-«Regierung»

Als «Gegenstück» zur umgebildeten FLN-Regierung scheint auf den Balearen eine «Exilregierung für die Algérie Française zu bestehen. Laut polizeilichen Angaben stünde sie unter Leitung von Joseph Ortiz und anderen, seit dem letzten oder vorletzten Putschversuch flüchtigen Ultras.

Noch vor einem Jahr wäre so eine «Provisorische Regierung von Französisch Algerien» eine Gefahr gewesen; heute wirkt sie nicht viel mehr als lächerlich.

Die wirkliche Bedrohung Algeriens, das Hinüberrutschen ins kommunistische Lager, scheint anderseits schon bald keine Gefahr mehr, sondern eher eine Tatsache. Der demokratische Teil des FLN wird von Peking und Moskau und ihren Vertretern in Tunis ebenso scharf bekämpft werden, wie seine früheren kolonialistischen Gegner.